

**Österreich und die DDR 1949-1989/90**

Bei dem vorliegenden Buchmanuskript handelt es sich um die quellenmäßig erweiterte und längenmäßig erheblich gekürzte Fassung meiner Dissertationsschrift „Österreich und die DDR 1949-1989/90“ (874 Blatt). Dieses stellt die erste auf breiter Quellenbasis fußende Analyse der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR von 1949 bis 1989/90 in den Bereichen Diplomatie, Politik und Wirtschaft dar. Die kulturellen Beziehungen auf staatlicher Ebene wurden ebenfalls berücksichtigt. Für diese Studie wurden Archivquellen aus 13 Archiven vorwiegend in Österreich und Deutschland ausgewertet. Nach einer kurzen Vorgeschichte zu den Entwicklungen in Österreich und Deutschland nach 1945 gliedert sich die Arbeit in zwei Hauptabschnitte. Der erste nimmt die Periode der Nichtanerkennung von 1949 bis 1972 unter die Lupe, der zweite fokussiert auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Österreich 1972 und bis zu deren Ende 1990. Jeweils zu Beginn eines Abschnitts wird auf die wechselseitigen Wahrnehmungen, primär auf Basis diplomatischer Quellen, eingegangen.

Von der Gründung der DDR 1949 bis zum Abschluss des Österreichischen Staatsvertrags 1955 waren offizielle bilaterale Beziehungen in Ermangelung der nötigen Souveränität unmöglich. Danach bildeten die Hallstein-Doktrin und Österreichs Bedachtheit auf das Verhältnis zur BRD die Hinderungsgründe, allem Streben der DDR nach Anerkennung zum Trotz. Dennoch entwickelten sich inoffizielle diplomatische und politische Kontakte, die sich teilweise in Unkenntnis der BRD vollzogen, und gelegentlich wurden die Grenzen der Hallstein-Doktrin ausgelotet. Ein besonderes Anliegen Österreichs war es, den bis zu 20.000 in der DDR lebenden Österreichern ein Mindestmaß an Vertretung zu Teil werden zu lassen. Der bundesdeutschen „neuen Ostpolitik“ stand Österreich positiv gegenüber und diese ermöglichte schließlich auch die Anerkennung der DDR, die von Österreich bereits am Tag der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 vollzogen wurde. Daraufhin behandelte Österreich die DDR, auch wenn gewisse Rücksichten auf die Problematik der deutsch-deutschen Beziehungen genommen wurden, wie die übrigen sozialistischen Staaten Europas im Rahmen seiner „Nachbarschaftspolitik“, der österreichischen Form der „Ostpolitik“, die stets vom Streben nach Entspannung im Kalten Krieg aber auch zum österreichischen Vorteil getragen war. Ein derartiges Verhalten kam der auf internationales Ansehen abzielenden DDR entgegen, sodass sich rasch ein gut ausgebautes und von beiden Seiten durchaus geschätztes bilaterales Verhältnis entwickeln konnte, das zunächst sowohl die Führung der DDR als auch Teile der österreichischen Regierung durchaus selbst nach dem Fall der Mauer gerne beibehalten hätten.

Zentrale über die bekannten Grundlinien der österreichischen Deutschlandpolitik hinausgehende Erkenntnisse in den Bereichen Diplomatie und Politik sind: 1.) Die Intensität der inoffiziellen diplomatischen Kontakte mit dem Ziel die Lage der Österreicher in der DDR zu verbessern; 2.) die bisher unbekannt in den 1960er Jahren entstandenen – wenn auch wirtschaftlich motivierten, so dennoch eindeutig als politisch zu qualifizierenden – DDR-Kontakte von Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ) und 3.) die diplomatische „Eisbrecherrolle“, die Österreich für die DDR nach deren Anerkennung auf dem internationalen Parkett einnahm. 1975 erkannte Österreich – sehr zum Missfallen der BRD – in einem Konsularvertrag ausdrücklich die DDR-Staatsbürgerschaft an. 1978 besuchte Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) als erster westlicher Regierungschef die DDR und 1980 konnte Erich

Honecker seinen ersten offiziellen Staatsbesuch im Westen in Österreich absolvieren. Die rege Besuchsdiplomatie setzte sich bis zum Ende der DDR fort.

Im Bereich der Wirtschaft konnte 1.) ein wenig mehr Licht in die Genese und das Ausmaß der Involvierung des KPÖ-Wirtschaftsapparats in die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der DDR gebracht werden. 2.) zeigt die Arbeit deutlich, dass der Grundstein für die späteren großen Geschäfte der Verstaatlichten Industrie mit der DDR bereits während der ÖVP-Alleinregierung (1966-1970) und hier vor allem durch Josef Taus (ÖVP) gelegt wurden. Ihm gelang es das Prinzip durchzusetzen, dass für Kreditgewährungen auch Großaufträge in gleicher Höhe erfolgen mussten. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden schließlich zu einer tragenden Säule der Entwicklung der bilateralen Beziehungen nach der Anerkennung. Österreich gewährte Kredite und erhielt dafür milliardenschwere Großaufträge für die Verstaatlichte Industrie. Zudem tätigte die DDR große Konsumgüterimporte aus Österreich was auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nach anfänglicher Skepsis zu einem Befürworter des Ausbaus des DDR-Handels machte. 3.) In diesem Zusammenhang sind folgende zentrale Erkenntnisse zu betonen: Die österreichischen Kredite trugen insbesondere im Jahr 1982 erheblich zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der DDR bei. Österreich garantierte zu dieser Zeit 20% der Devisenschulden Ost-Berlins. Zu dieser Zeit wurden auch Öltransitgeschäfte der VÖEST Handelsgesellschaft „Intertrading“ durch staatlich garantierte Kredite finanziert; die aus ebendiesen „Operationen“ resultierenden Verluste hatten einen Löwenanteil am 1985 offenkundig werdenden „VÖEST-Debakel“. Der Zusammenhang zwischen Kredit- und Arbeitsplatzpolitik wird offenkundig. Das österreichische Streben nach einer Ausweitung des Handels mit der DDR dauerte bis ins Jahr 1990 an. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen können spätestens ab Ende der 1970er Jahre nicht isoliert voneinander betrachtet werden. In den 1980er Jahren wurden jährliche Wirtschaftsvereinbarungen getroffen.

Mit Blick auf die Haltung zur deutschen Einheit im Jahr 1990 ist festzuhalten, dass Teile der österreichischen Politik und viele Wirtschaftstreibenden nach dem Mauerfall am 9. November 1989 – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Interessen – zunächst großes Interesse am Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR zeigten. Bereits am 24. November 1989 besuchte Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) Ost-Berlin, Ende Januar kam sein ostdeutsches Gegenüber Hans Modrow zu einem Gegenbesuch nach Wien. Außenminister Alois Mock (ÖVP) unterstützte von Anfang die Politik des bundesdeutschen Kanzlers Helmut Kohl und betonte das Recht der Deutschen auf ihre Vereinigung. Während des Modrow-Besuchs in Wien teilte ihm DDR-Außenminister Oskar Fischer unter dem Eindruck seiner jüngsten Unterredungen in Moskau mit, dass es zur „Vereinigung“ kommen werde. Damit dürfte er einer der ersten westlichen Politiker gewesen sein der in dieser Deutlichkeit über den Sinneswandel in Moskau informiert wurde. Schlussendlich begrüßte die österreichische Politik die deutsche Einheit einhellig, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass man beim angestrebten Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft der Unterstützung des geeinten Deutschlands bedurfte.